

Project "Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures": kognitiver Online-Pretest

Lenzner, Timo; Otto, Wanda; Adams, Franziska; Disch, Katharina; Neuert, Cornelia; Menold, Natalja

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lenzner, T., Otto, W., Adams, F., Disch, K., Neuert, C., & Menold, N. (2015). *Project "Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures": kognitiver Online-Pretest*. (GESIS-Projektbericht, 2015/01). Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.17173/pretest2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Projekt „Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures“

Kognitiver Online-Pretest
Februar 2015

*Timo Lenzner, Wanda Otto, Franziska Adams,
Katharina Disch, Cornelia Neuert & Natalja Menold*

GESIS-Projektbericht 2015|01

Projekt „Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures“

Kognitiver Online-Pretest
Februar 2015

*Timo Lenzner, Wanda Otto, Franziska Adams,
Katharina Disch, Cornelia Neuert & Natalja Menold*

GESIS-Projektberichte

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Survey Design and Methodology
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246 - 227 /-228
Telefax: (0621) 1246 - 100
E-Mail: timo.lenzner@gesis.org / wanda.otto@gesis.org

DOI: 10.17173/pretest2

Zitierweise

Lenzner, T.; Otto, W.; Adams, F.; Disch, K.; Neuert, C.; Menold, N. (2015): Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures. Kognitiver Online-Pretest. *GESIS Projektbericht*. Version: 1.0. GESIS - Pretestlabor. Text. <http://doi.org/10.17173/pretest2>

Inhalt

	Seite
1 Vorbemerkung und Ziel des Pretests.....	5
2 Stichprobe.....	6
3 Methode im Pretest.....	7
4 Ergebnisse zu den einzelnen Fragen.....	8

1 Vorbemerkung und Ziel des Pretests

Das Forschungsprojekt „Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures“ untersucht Demokratiekonzeptionen in der deutschen Bevölkerung sowie die Determinanten von Präferenzen über Entscheidungsverfahren in der Demokratie. Drei mögliche Bestimmungsfaktoren werden untersucht: normative Demokratiekonzeptionen, Verteilungsinteressen und Persönlichkeitsmerkmale.

Als empirische Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen sollen einige Items im ersten Halbjahr 2015 in einer Welle des GESIS Panel mitlaufen. Zur Vorbereitung dieser Befragung sollen insgesamt 12 dieser Items unter methodischen und fragebogentechnischen Aspekten einem kognitiven Online-Pretest unterzogen und aufgrund der Testergebnisse überarbeitet werden.

Zu diesem Zweck wurde das GESIS Pretestlabor von Frau Prof. Dr. Claudia Landwehr mit der Durchführung des kognitiven Online-Pretests beauftragt.

2 Stichprobe

Anzahl der versendeten
Einladungen zum Pretest: 130

Anzahl der beendeten
Fragebögen: 101

Auswahl der Zielpersonen: Quotenauswahl. Die Testpersonen wurden aus dem Online-Panel „GESIS Online Panel Pilot“ rekrutiert. Insgesamt wurden 130 Testpersonen zur Befragung eingeladen, wobei wir von einer Beendigungsquote von ca. 70 bis 80 Prozent ausgegangen sind. An der Befragung haben letztendlich 101 Testpersonen teilgenommen.

Quotenplan: Die Auswahl der Testpersonen erfolgte nach den Quoten Alter (18 - 40 Jahre; 41 Jahre und älter), Schulbildung (Fachhochschulreife/Abitur; kein Abitur) und Geschlecht.

Realisierter Quotenplan:

Altersgruppe	Schulbildung	Frauen	Männer	Summe
18 - 40	Weniger als Abitur	8 (7,9%)	7 (6,9%)	15 (14,8%)
18 - 40	Fachhochschulreife/Abitur	13 (12,9%)	12 (11,8%)	25 (24,7%)
41 +	Weniger als Abitur	12 (11,8%)	14 (13,9%)	26 (25,7%)
41 +	Fachhochschulreife/Abitur	13 (12,9%)	22 (21,8%)	35 (34,7%)
GESAMT		46 (45,5%)	55 (54,5%)	101 (100%)

3 Methode im Pretest

Feldzeit:	21. Januar 2015 bis 03. Februar 2015
Vorgehensweise:	Einsatz eines Online-Fragebogens mit zusätzlichen offenen und geschlossenen Probing-Fragen.
Eingesetzte kognitive Techniken:	Category Selection Probing, Specific Probing, Comprehension Probing.
Testpersonenhonorar:	3 Euro

4 Ergebnisse zu den einzelnen Fragen

Zu testende Frage 1:

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz zu		weiß nicht	missing
	1	2	3	4	5	6	7		
Es wäre besser, wenn wichtige politische Entscheidungen von unabhängigen Experten und nicht von gewählten Politikern getroffen würden.	8 (7,9%)	9 (8,9%)	14 (13,9%)	19 (18,8%)	21 (20,8%)	18 (17,8%)	9 (8,9%)	3 (3,0%)	-
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.	11 (10,9%)	24 (23,8%)	18 (17,8%)	12 (11,9%)	13 (12,9%)	11 (10,9%)	10 (9,9%)	2 (2,0%)	-
Die demokratisch gewählten politischen Repräsentanten sollten nach ihrem Gewissen entscheiden, auch wenn die Mehrheit der Bürger gerade einmal anderer Meinung ist.	9 (8,9%)	15 (14,9%)	17 (16,8%)	17 (16,8%)	11 (10,9%)	15 (14,9%)	15 (14,9%)	1 (1,0%)	1 (1,0%)
Wenn sich für eine politische Entscheidung eine große Mehrheit findet, spricht das dafür, dass die Entscheidung richtig ist.	14 (13,9%)	15 (14,9%)	21 (20,8%)	16 (15,8%)	17 (16,8%)	12 (11,9%)	4 (4,0%)	2 (2,0%)	-
Bei politischen Entscheidungen sollte immer das Gemeinwohl und nicht das eigene Interesse im Vordergrund stehen.	-	-	-	1 (1,0%)	6 (5,9%)	20 (19,8%)	73 (72,3%)	1 (1,0%)	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Category Selection Probing, Specific Probing.

Befund:

Getestet wurde in Frage 1 das vierte Item. Zu den restlichen Items liegen die Häufigkeitsverteilungen der Antworten vor.

Item 4: Wenn sich für eine politische Entscheidung eine große Mehrheit findet, spricht das dafür, dass die Entscheidung richtig ist.

Bis auf zwei Befragte, welche die „weiß nicht“-Kategorie ausgewählt haben, konnten sich alle Befragten auf der Antwortskala verorten. Die Befragten nutzen die volle Skalenbreite, wobei die Mehrheit (50%) der Aussage nicht zustimmt (Skalenwerte 1 bis 3), 16% der Befragten sich für die Mittelkategorie (Skalenwert 4) entscheiden und 33% der Aussage zustimmen (Skalenwerte 5 bis 7).

Auf die Category Selection Probe (*„Bitte erläutern Sie Ihre Antwort noch etwas näher. Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?“*) geben 46% der Befragten ein klares Statement für oder gegen das in der Frage thematisierte Mehrheitsprinzip ab. Davon sind 16% der Meinung, dass Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich richtig sind und daher stimmen diese Testpersonen dem Item auch zu (Skalenwerte 5 bis 7):

- „Weil diese Entscheidung richtig ist, wenn viele der gleichen Meinung sind. Es geht ja ums allgemeine Wohl.“ (TP 40, Antwort: 6)
- „So falsch kann das dann ja nicht sein, wenn sich eine große Mehrheit einig ist!“ (TP 57, Antwort: 7)

30% der Befragten sprechen sich eindeutig dagegen aus, dass Mehrheitsentscheidungen notwendigerweise richtig sind und stimmen dem Item daher nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3) oder wählen die Mittelkategorie (Skalenwert 4):

- „Die Mehrheit muss nicht automatisch Recht haben.“ (TP 13, Antwort: 2)
- „Ich habe mich für die Mitte entschieden. Nur weil es eine große Mehrheit findet, muss die Entscheidung nicht richtig sein.“ (TP 54, Antwort: 4)

26% der Testpersonen begründen ihre Antworten weniger mit einer generellen Zustimmung oder Ablehnung des Mehrheitsprinzips als damit, dass sie an konkrete Beispiele von Mehrheitsentscheidungen gedacht haben, welche ihre Antworten beeinflusst haben. Hier werden hauptsächlich Aspekte wie Propaganda, Fraktions-/Koalitionszwang, Lobbyismus oder Manipulationen durch Medien genannt:

- „Ich bin grundsätzlich dafür, dass die Masse Recht hat, aber 1933 hatten wir schon mal einen Fall, wo es nicht so war.“ (TP 01, Antwort: 5)
- „Ich unterstelle dabei, dass die Mehrheit in Bundes- oder Landtag o.ä. gefunden wurde. Bei diesen Gremien regieren Koalitionszwang und Lobbyismus.“ (TP 18, Antwort: 4)
- „Gelungene Propaganda kann zu idiotischen Hypes führen – nur so konnte eine Partei wie die NSDAP an die Macht kommen.“ (TP 50, Antwort: 2)
- „Die große Mehrheit hat nur die Möglichkeit aus der Presse die Informationen zu bekommen – da wird leider oftmals nur in eine Richtung informiert.“ (TP 97, Antwort: 3)

Etwa 17% der Befragten geben an, dass sie die Aussage nicht pauschal beantworten können, da es immer auch von der Situation abhinge, ob Mehrheitsentscheidungen richtig sind oder nicht bzw. sich die Richtigkeit einer Entscheidung häufig erst im Nachhinein herausstelle:

- „Es kommt auf die Sache an. Manchmal ist die öffentliche Meinung emotional bedingt und nicht sachlich kompetent entschieden.“ (TP 16, Antwort: 4)
- „Ob eine Entscheidung richtig ist, kann sich erst später herausstellen, daher habe ich mich nicht für 7 entschieden.“ (TP 104, Antwort 5)

Darüber hinaus machen die Antworten der Befragten auf die Category Selection Probe deutlich, dass der Begriff „Mehrheit“ in diesem Item nicht eindeutig definiert ist und daher unterschiedlich verstanden wird. Während ein Teil der Befragten hauptsächlich an „Mehrheiten bei Abstimmungen in politischen Gremien“ denkt, interpretiert ein anderer Teil der Befragten den Begriff als „Mehrheit in der Bevölkerung.“ Die vorliegenden Daten weisen zwar nicht darauf hin, dass die unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs einen systematischen Einfluss auf die Beantwortung des Items haben (z.B. in der Weise, dass Personen mit Interpretation A dem Item eher zustimmen als Personen mit Interpretation B), allerdings geben drei Befragten explizit an, dass ihnen die Beantwortung des Items aufgrund der Mehrdeutigkeit des Begriffs schwer gefallen sei:

- „Es ist nicht definiert wer diese Mehrheit bildet! Das Volk oder die Politiker?“ (TP 05, Antwort: weiß nicht)
- „Kommt auf die Art der Mehrheit an; ist es die Mehrheit im Bundestag, die von der Partei mit den meisten Sitzen zustande kam oder ist es die Mehrheit, die aufgrund eines Bürgerentscheids zustande kam?“ (TP 26, Antwort: 5)
- „Die Frage ist für mich, wie sich diese Mehrheit zusammensetzt – ist sie repräsentativ oder aus einer bestimmten Gruppe heraus definiert?“ (TP 76, Antwort: 4)

Auf die Nachfrage, an welche politischen Entscheidungen die Testpersonen beim Beantworten der Frage gedacht haben, nennen mehr als 50% der Befragten aktuelle politische Themen, wie z.B. „*Flüchtlingspolitik*“ oder „*Renteneintrittsalter*“. Etwa 11% der Testpersonen nennen politische Ereignisse aus der jüngeren oder älteren Vergangenheit (z.B. „*Einführung des Euro*“, TP 13; „*Wie die Mehrheit auch manipuliert werden kann, bestes Beispiel ist für mich die Hitlerzeit*“, TP 52). Gut 30% der Befragten geben an, an keine bestimmte Situation gedacht zu haben (z.B. „*Ich hatte kein genaues Beispiel im Sinn*“, TP 19; „*Ich sehe das eher allgemein*“, TP 34).

Empfehlung:

Wir empfehlen, die Formulierung „Mehrheit“ näher zu definieren, um Unklarheiten in Bezug auf den Begriff zu vermeiden. Eine mögliche Formulierung des Items wäre:

„Wenn sich für eine politische Entscheidung eine große Mehrheit in der Bevölkerung findet, spricht das dafür, dass die Entscheidung richtig ist.“

Zu testende Frage 2:

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz zu			weiß nicht	missing
	1	2	3	4	5	6	7			
Den meisten Menschen fehlt es an den nötigen Informationen, um über wichtige politische Themen direkt entscheiden zu können.	2 (2,0%)	2 (2,0%)	3 (3,0%)	17 (16,8%)	24 (23,8%)	29 (28,7%)	20 (19,8%)	4 (4,0%)	-	
Es ist in der Demokratie wichtig zu verstehen, aus welchen Gründen andere Menschen andere Meinungen haben.	1 (1,0%)	-	3 (3,0%)	6 (5,9%)	13 (12,9%)	43 (42,6%)	34 (33,7%)	1 (1,0%)	-	
Manchmal ist es besser, wenn politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden.	29 (28,7%)	24 (23,8%)	10 (9,9%)	8 (7,9%)	18 (17,8%)	8 (7,9%)	4 (4,0%)	-	-	
Alle Gremien, die an politischen Entscheidungen beteiligt werden, sollten öffentlich tagen.	4 (4,0%)	9 (8,9%)	11 (10,9%)	18 (17,8%)	16 (15,8%)	21 (20,8%)	20 (19,8%)	2 (2,0%)	-	
Demokratisch getroffene Entscheidungen muss man auf jeden Fall akzeptieren, auch wenn sie den eigenen Interessen widersprechen.	2 (2,0%)	4 (4,0%)	9 (8,9%)	11 (10,9%)	22 (21,8%)	24 (23,8%)	26 (25,7%)	3 (3,0%)	-	

Eingesetzte kognitive Techniken:

Specific Probing, Category Selection Probing.

Befund:

Getestet wurden in Frage 2 das erste und zweite Item. Zu den restlichen Items liegen die Häufigkeitsverteilungen der Antworten vor.

Item 1: Den meisten Menschen fehlt es an den nötigen Informationen, um über wichtige politische Themen direkt entscheiden zu können.

Alle Testpersonen konnten sich bei Item 1 für einen Skalenwert entscheiden. Lediglich vier Testpersonen wählten die „weiß nicht“-Kategorie und somit keine substantielle Antwort aus. Auf den ersten Blick gibt es eine deutliche Zustimmungstendenz zu diesem Item. Nur sieben Testpersonen ordnen sich auf der linken Skalenseite ein (Skalenwerte 1 bis 3) und stimmen dem Item somit überhaupt nicht bzw. eher nicht zu. 17 Testpersonen entscheiden sich für den Skalenwert 4 und damit für die Skalenmitte, während der überwiegende Teil der Testpersonen (72%) dem Item eher oder voll und ganz zustimmt (Skalenwerte 5 bis 7).

Die Mehrheit der Testpersonen ist demnach der Meinung, dass es den meisten Menschen an den nötigen Informationen fehlt, um über wichtige politische Themen direkt entscheiden zu können.

Mittels eines Specific Probing wurde untersucht, ob die Testpersonen das Item anders beantwortet hätten, wenn nach ihrem persönlichen Informationsstand gefragt worden wäre (*„In der Frage ist von ‚den meisten Menschen‘ die Rede. Wie würden Sie die Frage beantworten, wenn es um Sie persönlich ginge? Wenn die Frage also lauten würde: Mir fehlt es an den nötigen Informationen, um wichtige politische Themen direkt entscheiden zu können.“*). In diesem Fall ändert sich die Verteilung der Antworten deutlich: Jeweils etwa 40% der Testpersonen ordnen sich bei der Probing-Frage auf der linken Skalenseite (Werte 1 bis 3) und auf der rechten Skalenseite (Werte 5 bis 7) ein.

31% der Testpersonen würden das Item gleich beantworten und wählen bei der Probing-Frage den gleichen Skalenwert wie bei der Beantwortung des Items. 47% der Testpersonen wählen bei der Probing-Frage einen niedrigeren Skalenwert als bei der Beantwortung von Item 1. Sie stufen ihren eigenen Informationsstand also höher ein als den der „meisten Menschen“. 17% der Testpersonen wählen bei der Probing-Frage einen höheren Skalenwert und attestieren sich dadurch einen niedrigeren Stand nötiger Informationen als den „meisten Menschen“. Die vier Testpersonen, die Item 1 mit „weiß nicht“ beantwortet haben, geben auf die Probing-Frage eine substantielle Antwort. Sie können die Frage für sich selbst also beantworten, können oder wollen jedoch keine Einschätzung für die „meisten Menschen“ vornehmen.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass fast drei Viertel (70%) der Testpersonen das Item anders beantworten würden, wenn es hier um die Einschätzung ihres eigenen Informationsstandes und nicht um den der meisten Menschen ginge. Das Item misst also vornehmlich, ob Befragte ihre Mitbürger in der Lage sehen, politische Entscheidungen selbst (mit) zu treffen, nicht (bzw. weniger) jedoch, ob sie sich selbst dazu in der Lage sehen.

Item 2: Es ist in der Demokratie wichtig zu verstehen, aus welchen Gründen andere Menschen andere Meinungen haben.

Abgesehen von einem Befragten, der die Kategorie „weiß nicht“ gewählt hat, konnten sich alle Testpersonen einem Skalenwert zuordnen. Wie bereits bei Item 1 wählt die überwiegende Mehrheit der Befragten (89%) einen Wert auf der rechten Skalenseite aus (Skalenwerte 5 bis 7) und stimmt der Aussage daher eher bis voll und ganz zu. Sechs Befragte verorten sich in der Mitte der Skala und lediglich 4 Testpersonen auf der linken Skalenseite (Skalenwerte 1 bis 3).

Um herauszufinden, weshalb sich die Testpersonen für ihre jeweiligen Antworten entschieden haben, wurde ein Category Selection Probing eingesetzt („Bitte erläutern Sie Ihre Antwort noch etwas näher. Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?“). Die Antworten der Befragten auf diese Probing-Frage lassen sich wie folgt kategorisieren:

Etwa 30% der Testpersonen geben an, dass es für sie generell wichtig sei zu verstehen, warum andere Menschen andere Meinungen haben, da man ohne das Wissen um die Gründe für diese Meinungen Gefahr liefe, Andersdenkende vorschnell zu verurteilen und in eine bestimmte Schublade zu stecken:

- „Wenn man den Grund kennt, warum andere Menschen eine andere Meinung haben, ist es eher nachvollziehbar, warum diese Menschen gerade diese Meinung haben.“ (TP 42)
- „Vieles wird immer mit Totschlagargumenten (rechte Keule) zur Seite gekehrt ohne sich ernsthaft damit zu befassen. Dabei geht viel Potential verloren. Zudem ist es notwendig die Ängste des anderen zu erkennen, die zu seiner Meinung führen, um ein klares Bild der Situation zu haben, sonst handelt man schnell falsch oder verurteilt andere zu Unrecht und es gibt wieder keinen konstruktiven Disput.“ (TP 101)

25% der Testpersonen empfinden das Verstehen von anderen Meinungen deshalb als wichtig, weil alle Meinungen für eine gute Entscheidung bzw. ein korrektes Gesamtbild wichtig wären: „Andere Meinungen sind nie per se falsch, andere Meinungen entstehen aus bestimmten Gründen (andere Informationen, anderer persönlicher Hintergrund, etc.) und müssen mindestens gehört werden, um ein Gesamtbild mit allen Fakten zu bekommen.“ (TP 99).

Weitere 20% der Testpersonen geben an, dass das Wissen um Gründe für andere Meinungen als Möglichkeit zur Selbstreflexion genutzt werden könnte. Wenn man den Standpunkt eines anderen kenne, könne man den eigenen damit vergleichen und gegebenenfalls ändern: „Ich finde wichtig, warum wer welche Meinung hat, weil ich so selbst bedenken kann, ob meine Meinung richtig ist oder ob es Argumente gibt, die meine Meinung beeinflussen sollten oder könnten.“ (TP 40).

Knapp 15% der Testpersonen erachten das Verstehen von anderen Meinungen deshalb als wichtig, weil ein solcher Meinungsaustausch für eine Demokratie wichtig sei: „Ich denke, das Hineinversetzen ist auch ein Teil der Demokratie. Wenn ich anderen meine Meinung aufzwingen ohne ihre Interessen zu kennen und vielleicht auch zu verstehen, entfernen wir uns von demokratischen Entscheidungen.“ (TP 59).

Zwei der vier Testpersonen, die der Aussage (eher) nicht zustimmen (Skalenwerte 1 bis 3), begründen ihre Antworten damit, dass es eben gerade ein Grundprinzip der Demokratie sei, dass jeder seine Meinung äußern dürfe auch ohne zu versuchen, die Meinungen Andersdenkender nachzuvollziehen („Demokratie heißt freie Meinung; ohne Wenn und Aber.“, TP 49). Die anderen beiden Testpersonen hatten Schwierigkeiten, die Intention der Frage zu verstehen („Warum sollte ich das verstehen? Ich oder der Politiker? Wer ist hier gemeint?“, TP 32).

Empfehlung:

Item 1: Belassen.

Item 2: Belassen, da die Antworten der Testpersonen (bis auf sehr wenige Ausnahmen) nicht auf Verständnisschwierigkeiten hinweisen.

Zu testende Frage 3:

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz zu		weiß nicht	missing
	1	2	3	4	5	6	7		
Rechte von Minderheiten müssen auch vor Mehr- heitsentscheidungen ge- schützt sein.	4 (4,0%)	2 (2,0%)	6 (5,9%)	14 (13,9%)	22 (21,8%)	27 (26,7%)	18 (17,8%)	7 (6,9%)	1 (1,0%)
Mehrheitsentscheidungen müssen gelten, auch wenn dadurch Rechte von Min- derheiten eingeschränkt werden.	7 (6,9%)	8 (7,9%)	21 (20,8%)	19 (18,8%)	18 (17,8%)	16 (15,8%)	5 (5,0%)	7 (6,9%)	-
Wichtige politische Ent- scheidungen sollten nur mit Zustimmung aller Betroffenen getroffen werden.	11 (10,9%)	14 (13,9%)	14 (13,9%)	12 (11,9%)	16 (15,8%)	23 (22,8%)	10 (9,9%)	1 (1,0%)	-
Wichtige politische Ent- scheidungen sollten im Gespräch und nicht durch eine bloße Abstimmung getroffen werden.	3 (3,0%)	9 (8,9%)	5 (5,0%)	24 (23,8%)	21 (20,8%)	21 (20,8%)	18 (17,8%)	-	-
Nicht alle Konflikte lassen sich durch Diskussion und Verhandlungen lösen. Meist sind Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung.	3 (3,0%)	6 (5,9%)	5 (5,0%)	20 (19,8%)	28 (27,7%)	24 (23,8%)	15 (14,9%)	-	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Comprehension Probing, Category Selection Probing.

Befund:

Getestet wurden in Frage 3 das dritte, vierte und fünfte Item. Zu den restlichen Items liegen die Häufigkeitsverteilungen der Antworten vor.

Item 3: Wichtige politische Entscheidungen sollten nur mit Zustimmung aller Betroffenen getroffen werden.

Bis auf einen Befragten, der die Kategorie „weiß nicht“ gewählt hat, konnten sich alle Testpersonen einem Skalenwert zuordnen. Dabei nutzen sie die volle Skalenbreite und verteilen sich relativ gleichmäßig auf die einzelnen Skalenwerte.

Die Antworten der Befragten auf die Specific Probe (*„An welche Betroffenen haben Sie beim Beantworten der Aussage gedacht?“*) lassen sich in drei Gruppen kategorisieren:

Etwa 50% der Befragten geben an, an bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Minderheiten (Homosexuelle, Migranten usw.) bzw. allgemein an Gruppen, die von den jeweiligen Entscheidungen direkt betroffen sind, gedacht zu haben:

- „Erkrankte und behinderte Menschen, Kinder, Migranten“ (TP 22)
- „An alle, die die Entscheidung betrifft!“ (TP 70)

38% der Testpersonen haben den Begriff „Betroffene“ sehr weitreichend interpretiert und an die Gesamtheit aller Bürger gedacht (im Sinne von „von politischen Entscheidungen sind immer alle Bürger betroffen“):

- „Alle Betroffenen, das sind für mich alle Bürger.“ (TP 55)
- „Das geht nicht! Zustimmung aller Betroffenen kann und wird niemals funktionieren. Das bekommt man nicht hin. So sehr man sich auch bemüht.“ (TP 57)

Vier Testpersonen denken bei der Beantwortung der Frage ausschließlich an Politiker und andere Volksvertreter in politischen Gremien, also an „Betroffene“, die an den politischen Entscheidungen, die in der Aussage genannt werden, mitwirken:

- „Gewählte Politiker und fachlich ausgebildete Personen/ Gremien.“ (TP 41)
- „Als Betroffene gelten für mich die Menschen, die von der Bevölkerung als ihre Vertreter zu diesen Fragen gewählt wurden.“ (TP 52)

Die vorliegenden Daten weisen darauf hin, dass die unterschiedlichen Interpretationen der Befragten einen Einfluss auf die Beantwortung des Items haben: Testpersonen, die an bestimmte Bevölkerungsgruppen denken, stimmen der Aussage eher zu (24x Skalenwerte 5-7 vs. 17x Skalenwerte 1-3), während Personen, die an die Gesamtheit aller Bürger denken, der Aussage eher nicht zustimmen (18x Skalenwerte 1-3 vs. 13x Skalenwerte 5-7). Testpersonen in der ersten Gruppe argumentieren meist, dass diejenigen Gruppen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch ein Mitspracherecht haben sollten, während Befragte in der zweiten Gruppe meist argumentieren, dass ein Konsens aller Bürger utopisch und nicht erreichbar ist. Von den vier Testpersonen, die vornehmlich an Politiker denken, stimmen drei Testpersonen der Aussage (eher) zu (Skalenwerte 5-7) und eine Person eher nicht zu (Skalenwert 2).

Item 4: Wichtige politische Entscheidungen sollten im Gespräch und nicht durch eine bloße Abstimmung getroffen werden.

Bei dieser Aussage können sich alle Befragten einem Wert zuordnen und nutzen dabei die gesamte Skalenbreite aus. Die große Mehrheit der Testpersonen stimmt diesem Item zu (59%, Skalenwerte 5-7) oder wählt den mittleren Skalenwert 4 (24%). Lediglich 17% der Testpersonen stimmen dem Item (eher) nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3).

Auf die Nachfrage, warum sich die Testpersonen für ihre jeweilige Antwort entschieden haben (Category Selection Probing), geben 42% der Befragten an, dass sie generell (d.h. unabhängig von der konkreten politischen Entscheidung) gesprächsbasierte Entscheidungsverfahren gegenüber bloßen Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip bevorzugen:

- „Wenn es denn eine Lösungsmöglichkeit durch Gespräche gibt, ist das immer einer Abstimmung vorzuziehen, bei der es ja immer Sieger und Verlierer gibt.“ (TP 02, Antwort: 7)
- „Es sollten alle ihre Meinung äußern, begründen und erläutern, als einfach nur dafür oder dagegen zu sein“ (TP 35, Antwort: 6)

Nur etwa 5% der Testpersonen geben an, dass sie generell Abstimmungen gegenüber Gesprächen vorziehen:

- „Eine Abstimmung gibt einem klare Zeichen.“ (TP 01, Antwort: 2)
- „Ansonsten kommt man nie zu einer Entscheidung.“ (TP 90, Antwort: 2)

12% der Befragten geben an, dass es auf die konkrete Situation bzw. politische Entscheidung ankomme, ob Gespräche oder Abstimmungen zielführender und daher zu bevorzugen seien:

- „Ist manchmal möglich und manchmal nicht. Wir können nicht jede Kleinigkeit ausdiskutieren.“ (TP 26, Antwort: 4)
- „Ich denke es kommt immer darauf an was entschieden werden soll, ob man da ein Gespräch braucht oder nicht sollte eine Einzelfallentscheidung sein.“ (TP 40, Antwort: 4)

Zu guter Letzt argumentieren 32% der Testpersonen, dass politische Entscheidungen weder ausschließlich auf Basis von Gesprächen noch ausschließlich auf Basis von Abstimmungen getroffen werden sollten. Diese Befragten sind der Meinung, dass beide Verfahren möglichst miteinander kombiniert werden sollten:

- „Erst diskutieren, eigene Meinung bilden, dann abstimmen.“ (TP 20, Antwort: 4)
- „Vor einer Entscheidung ist sicher eine sachliche Diskussion erforderlich, allerdings ist eine abschließende Abstimmung in jedem Fall notwendig.“ (TP 36, Antwort: 2)

Item 5: Nicht alle Konflikte lassen sich durch Diskussion und Verhandlungen lösen. Meist sind Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung.

Bei dieser Aussage können sich ebenfalls alle Testpersonen auf der Antwortskala verorten und auch hier nutzen sie die volle Skalenbreite. Analog zu Item 4 stimmt auch hier die große Mehrheit der Testpersonen dem Item zu (66%, Skalenwerte 5-7) oder wählt den mittleren Skalenwert 4 (20%). Lediglich 14% der Testpersonen stimmen dem Item eher nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3).

Auf die Category Selection Probe („Bitte erläutern Sie Ihre Antwort noch etwas näher. Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?“) gibt die Hälfte der Befragten (50%) an, dass meist Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung seien. Davon erklären 39%, dass selbst bei vorangegan-

genen Diskussionen am Ende immer Abstimmungen erfolgen müssen, um zu einer Entscheidung zu kommen:

- „Wenn Diskussionen sich festgefahren haben und nicht mehr argumentiert wird [dann muss abgestimmt werden].“ (TP 15, Antwort: 6)
- „Wenn durch Gespräche nichts erreicht wird, sollte eine Abstimmung entscheiden.“ (TP 47, Antwort: 5)

Etwa 15% der Befragten befürworten eine Entscheidungsfindung auf Basis von Gesprächen und Diskussionen gegenüber einer Entscheidungsfindung auf Grundlage von Abstimmungen. Davon argumentieren jedoch ebenfalls 10%, dass Gespräche nicht immer zu Entscheidungen führen können und es daher aus pragmatischen Gründen zwangsläufig irgendwann zu einer Abstimmung kommen muss:

- „Wenn es denn nicht anders geht, weil Gespräche erfolglos blieben, man aber zu einer Entscheidung kommen muss, dann ist eine Abstimmung immer noch besser als ein Diktatorenwort. [...]“ (TP 02, Antwort: 5)
- „Abstimmungen immer erst wenn sich durch anhaltende Gespräche keine Lösung findet – und auch nur für vorübergehende Zeit bis neue Gespräche stattfinden können. Nur wenn es eine Notlage unbedingt zwingend erforderlich macht, dass eine Entscheidung umgehend getroffen wird.“ (TP 50, Antwort: 3)

17% der Befragten geben explizit (ähnlich wie bei Item 4) an, dass eine Kombination aus Gesprächen und Abstimmungen der beste Weg zu einer Entscheidung sei:

- „Nach Austausch von Argumenten muss eine Abstimmung Klarheit bringen.“ (TP 27)
- „Es stimmt, dass oft keine Lösung gefunden wird, die allen Beteiligten gefällt. In dem Fall kann eine Abstimmung hilfreich sein. Es ist aber trotzdem wichtig, darüber zu diskutieren. Insgesamt sollte ein gesunder Mittelweg gewählt werden.“ (TP 95)

Auffällig ist bei diesem Item, dass 18% der Befragten ihre Antwort genauso begründen wie beim vorherigen Item 4. Vergleicht man die Antwortverteilungen der Items 4 und 5 sowie die Begründungen der Testpersonen für die Wahl ihrer Antworten, so wird deutlich, dass die beiden Items von den allermeisten Testpersonen nicht als gegensätzlich, sondern als komplementär wahrgenommen werden.

Empfehlung:

Item 3: Da die Interpretationen des Begriffs „Betroffene“ variieren und dies einen (vermutlich systematischen) Einfluss auf die Beantwortung des Items hat, empfehlen wir, den Begriff zu konkretisieren. Hier eine mögliche Umformulierung:

„Wichtige politische Entscheidungen sollten nur mit Zustimmung der Vertreter aller betroffenen Gruppen getroffen werden.“

Item 4: Belassen.

Item 5: Sofern dieses Item als gegensätzlich und nicht als komplementär zu Item 4 interpretiert werden soll, empfehlen wir, das Item umzuformulieren. Durch eine analoge Formulierung zu Item 4 würde vermutlich deutlicher werden, dass es bei dieser Aussage um die (teilweise) Ablehnung gesprächsbasierter Entscheidungsverfahren geht, während Item 4 auf die (teilweise) Ablehnung des Mehrheitsprinzips abzielt:

„Wichtige politische Entscheidungen sollten nur durch Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden.“

Zu testende Frage 4:

Im Idealfall führt ein faires und demokratisches Entscheidungsverfahren zu einer guten Entscheidung. Manchmal ist es aber nicht möglich, zugleich ein faires und demokratisches Verfahren und eine gute oder „richtige“ Entscheidung sicher zu stellen.

Was ist für Sie im Zweifelsfall wichtiger:

Dass Entscheidungen fair und demokratisch getroffen werden *oder* dass die aus meiner Sicht richtigen Entscheidungen getroffen werden?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

faire und demokratische Entscheidungen					aus meiner Sicht richtige Entscheidung		weiß nicht	missing
1	2	3	4	5	6	7		
31 (30,7%)	25 (24,8%)	11 (10,9%)	11 (10,9%)	7 (6,9%)	8 (7,9%)	4 (4,0%)	4 (4,0%)	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Category Selection Probing.

Befund:

Abgesehen von vier Befragten, die den Wert „weiß nicht“ auswählen, können sich alle Testpersonen auf der Antwortskala verorten. Insgesamt gibt die Mehrheit der Befragten (57%) an, dass es für sie im Zweifelsfall wichtiger sei, dass Entscheidungen fair und demokratisch getroffen werden als dass die aus ihrer Sicht richtige Entscheidung getroffen wird.

Diejenigen vier Befragten, welche die „weiß nicht“-Kategorie auswählen, begründen ihre Antworten damit, dass sie einen Zielkonflikt zwischen den beiden in der Frage angesprochenen Aspekten wahrnehmen und sich nicht für die eine oder andere Option entscheiden können oder wollen:

- „Im besten Fall sind die fairen und demokratischen Entscheidungen auch die, die aus meiner Sicht richtig sind. Diese Antwort konnte ich aber nicht ankreuzen.“ (TP 60)
- „Das kann man nicht verallgemeinern: Manchmal ist die faire demokratische Entscheidung vielleicht die besser als meine eigene. Oder aber auch anders herum. Kommt auf das Thema an.“ (TP 64)

Testpersonen, die sich auf der linken Skalenseite verorten (Skalenwerte 1-3), begründen ihre Antworten meist damit, dass faire und demokratische Entscheidungsverfahren wichtige Grundpfeiler der Demokratie seien und dass man als Demokrat/in die Mehrheitsmeinung auch dann akzeptieren müsse, wenn man persönlich anderer Meinung sei:

- „Wenn eine Entscheidung wirklich fair und demokratisch, d.h. ohne Manipulation, Lobbyismus etc. getroffen worden ist, muss ich sie akzeptieren, auch wenn ich sie nicht für richtig halte.“ (TP 34, Antwort: 1).

- „Das macht ja gerade Demokratie aus, dass ich mich als Individuum als Teil einer Gemeinschaft sehe. Da müssen meine persönlichen Bedürfnisse manchmal dem Interesse der Gesamtheit weichen.“ (TP 59, Antwort: 2)

Befragte, die sich auf der rechten Skalenseite verorten (Skalenwerte 5–7), begründen ihre Antworten damit, dass demokratische Entscheidungsverfahren durchaus fehlbar seien und man seiner eigenen Einschätzung eher vertraue:

- „Fair und demokratisch heißt nicht automatisch richtig.“ (TP 29, Antwort: 5)
- „Eine aus meiner Sicht sachlich richtig getroffene Entscheidung ist besser als eine von Parteiinteressen bestimmte Abstimmung.“ (TP 89, Antwort: 6)

Zu guter Letzt begründen diejenigen Testpersonen, die sich für die Skalenmitte (Skalenwert 4) entscheiden, ihre Antworten meist damit, dass sie sich nicht generell für eine der beiden genannten Optionen entscheiden könnten oder wollten, sondern es jeweils auf die konkrete Situation ankomme, ob ein gerechtes Entscheidungsverfahren oder das gewünschte Ergebnis wichtiger sei:

- „Es ist stark situations- und argumentationsabhängig.“ (TP 20)
- „Es kommt auf den Fall an.“ (TP 39)

Empfehlung:

Auch wenn die Befunde keine Änderungen der Frage oder der Antwortkategorien nahelegen, empfehlen wir, den Wortlaut der Frage geringfügig zu modifizieren. Die Formulierung „aus meiner Sicht“ würde sich hier nur dann eignen, wenn die Frage in Form einer Aussage präsentiert würde, der die Befragten zustimmen oder nicht zustimmen sollen (z.B. „Im Zweifelsfall ist es mir wichtiger, dass Entscheidungen...“). Da das Item jedoch als Frage formuliert ist, sollte die Formulierung „aus Ihrer Sicht“ verwendet werden:

„Was ist für Sie im Zweifelsfall wichtiger:

Dass Entscheidungen fair und demokratisch getroffen werden oder dass die aus Ihrer Sicht richtigen Entscheidungen getroffen werden?“

Zu testende Frage 5:

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz zu		weiß nicht	missing
	1	2	3	4	5	6	7		
Es sollte in Deutschland mehr direktdemokratische Entscheidungen (z.B. Volksabstimmungen) geben.	1 (1,0%)	10 (9,9%)	9 (8,9%)	14 (13,9%)	21 (20,8%)	16 (15,8%)	28 (27,7%)	2 (2,0%)	-
Es sollte mehr Dialogverfahren geben, in deren Rahmen Bürger mitentscheiden können.	3 (3,0%)	5 (5,0%)	7 (6,9%)	8 (7,9%)	26 (25,7%)	22 (21,8%)	23 (22,8%)	7 (6,9%)	-
Es sollte mehr Expertenkommissionen geben, die an wichtigen politischen Entscheidungen mitwirken.	2 (2,0%)	5 (5,0%)	5 (5,0%)	15 (14,9%)	23 (22,8%)	26 (25,7%)	24 (23,8%)	1 (1,0%)	-
Wichtige politische Entscheidungen sollten ausschließlich von gewählten Parlamenten getroffen werden.	11 (10,9%)	19 (18,8%)	11 (10,9%)	18 (17,8%)	12 (11,9%)	14 (13,9%)	11 (10,9%)	5 (5,0%)	-

Eingesetzte kognitive Techniken:

Comprehension Probing, Specific Probing, Category Selection Probing.

Befund:

Item 1: Es sollte in Deutschland mehr direktdemokratische Entscheidungen (z.B. Volksabstimmungen) geben.

Bis auf zwei Befragte, die sich für die „weiß nicht“-Kategorie entschieden haben, konnten sich alle Befragten auf der Antwortskala verorten. Die Befragten nutzen die volle Skalenbreite, wobei die Mehrheit (64%) der Aussage zustimmt (Skalenwerte 5 bis 7), 14% der Befragten sich für die Mittelkategorie (Skalenwert 4) entscheiden und 20% der Aussage nicht zustimmen (Skalenwerte 1 bis 3).

Bei diesem Item wurde das Verständnis des Begriffs „direktdemokratische“ Entscheidungen untersucht. Alle 101 Testpersonen wurden gefragt, was sie hier unter „direktdemokratischen Verfahren“ verstehen und ob sie weitere Beispiele außer Volksabstimmungen kennen. Insgesamt beantworteten 95 Befragte diese Nachfrage, wobei 45% der Personen (n=49) angeben, keine weiteren Beispiele außer Volksabstimmungen zu kennen. Die restlichen 46 Testpersonen nennen die in der folgenden Tabelle aufgeführten Verfahren.

Häufigkeitsverteilung der Nennungen weiterer direktdemokratischer Verfahren (N=59)

Verfahren	Anzahl der Nennungen	relativ
Bürgerbegehren	6	10,2%
Bürgerentscheide	6	10,2%
Volksentscheide	6	10,2%
Petitionen	4	6,8%
Referendum	4	6,8%
Regionale Entscheidungen	4	6,8%
Demonstrationen	3	5,1%
Online-Wahlen	3	5,1%
Volksbefragung	3	5,1%
Wahlen	3	5,1%
Basisbefragungen	2	3,4%
Volksbegehren	2	3,4%
Boykott durch Bürger	1	1,7%
Bundesrat	1	1,7%
Bürgerabstimmungen	1	1,7%
Bürgerbefragungen	1	1,7%
Bürgerbeteiligung	1	1,7%
Bürgerinitiativen	1	1,7%
Gesprächsrunden	1	1,7%
Initiativverfahren	1	1,7%
Interessendialoge	1	1,7%
Kommunale Vollversammlungen	1	1,7%
Moderationen	1	1,7%
Schlichtungen	1	1,7%
Volksinitiative	1	1,7%

Am häufigsten genannt werden jeweils 6 Mal Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Volksentscheide, jeweils 4 mal werden Petitionen, Referenda und regionale Entscheidungen, wobei unter letzterem direktdemokratische Entscheidungen auf kommunaler Ebene – also im „kleinen, überschaubaren Bereich“ – zu verstehen sind, genannt. Über diese verschiedenen Nennungen hinaus ist interessant, dass dreizehn Testpersonen an Anwendungsbeispiele für direktdemokratische Verfahren denken, hierunter 11 Mal an die Schweiz und je 1 Mal an die Olympiade in Garmisch-Partenkirchen und Stuttgart 21. Die Resultate dieser Nachfrage geben Hinweise darauf, dass die Befragten insgesamt eine recht gute Vorstellung davon haben, was mit direktdemokratischen Entscheidungen gemeint ist.

Insgesamt gibt es keinen systematischen Einfluss der Anzahl der Nennungen weiterer direktdemokratischer Verfahren auf das Ausmaß der Zustimmung zur Aussage. Befürworter der Ausweitung direktdemokratischer Entscheidungen argumentieren eher mit einer breiteren Legitimation politischer Entscheidungen durch die Bürger:

- „Wie in der Schweiz regelmäßig durchgeführte Volksbefragungen (-abstimmungen). Es wären auch alternativ Abstimmungen mit der Legitimation des neuen Personalausweises über das Internet möglich. Vielleicht gäbe es dann eine größere Beteiligung und dadurch eine bessere Legitimation der Entscheidungen.“ (TP 02, Antwort: 7)
- „Direkt vom Volke ausgehend ohne zwischengeschaltete Mittelsmänner oder Repräsentanten. Bürgerabstimmungen im lokalen Sektor oder vielleicht auch Petitionen, wobei das entsprechende Thema dann ja nur erstmal Beachtung bekommt.“ (TP 101, Antwort 7)

Die Skeptiker hinsichtlich einer Ausweitung direktdemokratischer Verfahren stellen dagegen eher die Kosten bzw. die Machbarkeit der breiten Einbeziehung der ggfs. nicht ausreichend informierten Bürger in Frage:

- „Mir fallen im Moment außer Volksabstimmungen keine anderen direktdemokratischen Entscheidungen ein. Eine Ausweitung halte ich nur im kleinen, überschaubaren Bereich wie Gemeinden für sinnvoll, da für eine solche Demokratie der Einzelne sehr umfangreich informiert sein muss. Im kleinen Rahmen kann dies gut funktionieren, da der Einzelne viel enger an jedem Geschehen beteiligt und von ihm betroffen ist und Entscheidungen durch die notwendige Informationspolitik nicht blockiert werden.“ (TP 51, Antwort: 4)
- „Ich halte nicht viel von Referenda, weil das Volk im Allgemeinen nicht sachverständig ist.“ (TP 60, Antwort 1)
- „Direktdemokratische Verfahren beziehen im Prinzip jeden Bürger mit ein, sind jedoch in einem Land mit über 80 Millionen Einwohnern nur im kleinen z.B. kommunalen Rahmen wirklich realisierbar. Volksbefragungen als Vorstufe.“ (TP 34, Antwort: 2)

Item 2: Es sollte mehr Dialogverfahren geben, in deren Rahmen Bürger mitentscheiden können.

Von den 101 Befragten machen alle gültige Angaben, wobei sich sieben Personen für die „weiß nicht“-Kategorie entscheiden. Die volle Skalenbreite wird genutzt, wobei die Befragten der Aussage mehrheitlich (70%) zustimmen. 15% der Testpersonen stimmen nicht zu und 8% entscheiden sich für die Mittelkategorie.

Auch bei diesem Item wurde das Frageverständnis untersucht. Auf die Nachfrage, an welche Dialogverfahren sie beim Beantworten der Frage gedacht haben, machten 92 Personen gültige Angaben, wovon 32% (n=36) angaben, an keine bestimmten Dialogverfahren gedacht zu haben. Insgesamt machen daher 56 Personen 78 inhaltliche Nennungen, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind:

Häufigkeitsverteilung der genannten Dialogverfahren (N=78)

Dialogverfahren	Anzahl der Nennungen	relativ
Allgemein Gespräche	16	20,5%
Diskussionen	12	15,4%
Bürgerbefragungen	10	12,8%
Bürgerversammlungen	8	10,3%
Anhörungen	5	6,4%
(Bürger-)Foren	6	7,7%
Demonstrationen	3	3,8%
Bürgerinitiativen	2	2,6%
Gremien	2	2,6%
Sprechstunden	2	2,6%
Abstimmungen	1	1,3%
Bello-Dialog in Berlin	1	1,3%
Bürgerbegehren	1	1,3%
Debatten	1	1,3%
Moderation	1	1,3%
Runder Tisch	1	1,3%
Schlichtung	1	1,3%
Stuttgart 21	1	1,3%
Tagungen	1	1,3%
Volksabstimmungen	1	1,3%
Volksbefragungen	1	1,3%
Wahlen	1	1,3%

Dieses Potpourri an Assoziationen mit dem Begriff Dialogverfahren macht deutlich, dass die Befragten an ganz unterschiedliche Verfahren denken, die sich nicht trennscharf von den direktdemokratischen Verfahren, die im vorherigen Item angesprochen werden, oder Abstimmungen (bspw. „Wahlen“, „Abstimmungen“) o.ä. abgrenzen lassen. Ihnen gemeinsam ist jedoch der kommunikative Austausch, meist zwischen Bürgern und Politikern (bspw. Bürgerbefragungen oder Sprechstunden), aber auch zwischen Bürgern untereinander (Foren).

Item 3: Es sollte mehr Expertenkommissionen geben, die an wichtigen politischen Entscheidungen mitwirken.

Bis auf einen Befragten, der die „weiß nicht“-Kategorie ausgewählt hat, konnten sich alle Befragten auf der Antwortskala verorten. Die Befragten nutzen die volle Skalenbreite, wobei die klare Mehrheit (72%) der Aussage zustimmt (Skalenwerte 5 bis 7). 15% der Befragten entscheiden sich für die Mittelkategorie (Skalenwert 4) und 12% stimmen der Aussage nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3).

Im Anschluss wurde den Befragten zum einen die Frage gestellt, ob sie beim Beantworten eher an Expertenkommissionen gedacht haben, die direkt in die Entscheidungen eingebunden sind oder eher an solche, die lediglich Gutachten oder Empfehlungen ohne Bindungswirkung erarbeiten. Während drei Personen keine Angabe machten, gaben 46 Personen an, an Expertenkommissionen, die direkt in Entscheidungen eingebunden sind, gedacht zu haben und 52 an Expertenkommissionen, die lediglich Gutachten oder Empfehlungen erarbeiten.

Danach gefragt was sie unter einer „Expertenkommission“ verstehen bzw. ob ihnen Beispiele für Expertenkommissionen einfallen, machten 93 Befragte gültige Angaben, wobei vier Personen angeben, dass ihnen keine konkreten Beispiele einfallen und 15 Befragte ausschließlich Themenbereiche nennen, bei denen Expertenkommissionen eingesetzt werden sollten:

Häufigkeitsverteilung der Zusammensetzung genannter Expertenkommissionen (N=89)

Expertenkommissionen	Anzahl der Nennungen	relativ
Allgemein Fachleute	41	46,1%
Unabhängige Fachleute	16	18,0%
Allgemein Wissenschaftler	9	10,1%
Betroffene	2	2,2%
Instrumentalisierte Fachleute	2	2,2%
Unabhängige Wissenschaftler	2	2,2%
Beratungsgremien	1	1,1%
Gutachter	1	1,1%
TPs nennen Themenbereiche, wie z.B. Gesundheit oder Wirtschaft	15	16,9%

Nebst den 15 Befragten, die ausschließlich Themenbereiche und keine „Expertenkommissionen“ nennen, geben weitere 15 Befragte zusätzlich zu ihrer Definition von „Expertenkommissionen“ Themenbereiche an, die für den Einsatz von Expertenkommissionen geeignet wären. Die Themenbereiche, die sich insgesamt auf 44 Nennungen belaufen, teilen sie sich wie folgt auf:

Häufigkeitsverteilung der Themenbereiche für Expertenkommissionen (N=44)

Themenbereiche	Anzahl der Nennungen	relativ
Gesundheit	6	13,6%
Wirtschaft	5	11,4%
Umwelt	4	9,1%
Verkehr	4	9,1%
Energiewirtschaft	4	9,1%
Bau	3	6,8%
Finanzen	3	6,8%
Bundeswehr/ Militär	3	6,8%
Pflege	3	6,8%
Bildung	2	4,5%
Sonstiges	7	15,9%

Welche Experten und Themenbereiche genannt werden unterscheidet sich nicht danach, ob die Befragten zuvor angegeben haben, beim Beantworten der Aussage an Expertenkommissionen mit Mitbestimmungsbefugnissen oder lediglich beratender Funktion gedacht zu haben.

Einige der Befragten (n=11) verfügen über detaillierteres Wissen über den Einsatz von Expertenkommissionen und können insgesamt acht verschiedene Kommissionen benennen. Diese Nennungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Häufigkeitsverteilung der Expertenkommissionen (N=16)

Expertenkommissionen	Anzahl der Nennungen
Wirtschaftsweisen	6
Verbände	3
Ethikrat	2
Zukunftskommission in Bayern	1
Verkehrsgerichtstag	1
Sicherheit von Gorleben	1
Sachverständigenrat	1
BUND/NaBu/Greenpeace	1

Abschließend für dieses Item wurden die Befragten gebeten anzugeben, an welche politischen Entscheidungen sie beim Beantworten der Frage gedacht haben. Hierbei machen 87 Personen konkrete Angaben. Genannt werden hauptsächlich politische Entscheidungen in den Bereichen der Energiewirt-

schaft (17,2%), Finanzen und Verkehr (je 10,3%), Gesundheit (6,9%), Hartz IV und Rechtsfragen (je 5,7%) sowie Bildung, Steuern und Umwelt (je 4,6%).

Item 4: Wichtige politische Entscheidungen sollten ausschließlich von gewählten Parlamenten getroffen werden.

Auch bei diesem Item können sich abgesehen von den fünf Befragten, die sich für die „weiß nicht“-Kategorie entscheiden, alle Befragten auf der Antwortskala verorten. Die volle Skalenbreite wird relativ gleichmäßig genutzt. 41% der Testpersonen stimmen der Aussage eher nicht zu (Skalenwerte 1 bis 3), 18% wählen die Mittelkategorie und 37% stimmen zu.

Auf die Category Selection Probe (*„Bitte erläutern Sie Ihre Antwort noch etwas näher. Warum haben Sie sich für diese Antwort entschieden?“*) argumentieren diejenigen, die der Aussage zustimmen (Skalenwerte 5-7) damit, dass es schließlich die Aufgabe von gewählten Parlamenten ist, wichtige politische Entscheidungen zu treffen (72%), dass sie die repräsentative Demokratie befürworten, wenn die gewählten Politiker, unabhängig und nach ihrem Gewissen entscheiden (17%) oder dass die Bürger nicht über das nötige fachliche Wissen verfügen (10%):

- „Dafür leben wir ja in einer parlamentarischen Demokratie, die – trotz aller Unzulänglichkeiten – nach meiner Meinung die beste Gesellschaftsform ist. Der Normalbürger erscheint mir auf Grund fehlender oder nicht ausreichender Information allzu manipulierbar, um z.B. wichtige politische Entscheidungen an eine Volksabstimmung zu knüpfen.“ (TP 34, Antwort: 6)
- „Dafür haben wir das Parlament ja schließlich gewählt, weil eine Demokratie mit einer so zahlreichen Bevölkerung nur über gewählte Vertreter funktioniert.“ (TP 47, Antwort: 7)
- „Vorausgesetzt, die Mitglieder der Parlamente wurden umfassend informiert und entscheiden rein nach ihrem Gewissen, dann ist eine demokratisch getroffene Entscheidung legitimiert.“ (TP 89, Antwort: 7)

Auch diejenigen, die sich für die Mittelkategorie entschieden haben, argumentieren damit, dass dies schließlich die Aufgabe gewählter Parlamente ist (46%). Ein anderer Grund für die Wahl der Mittelkategorie besteht darin, dass die Befragten sich eine ausgewogene Kombination von repräsentativer und direkter Demokratie wünschen (31%) oder Vor- und Nachteile der repräsentativen Demokratie gegenüber stellen (23%).

Diejenigen Befragten, die der Aussage nicht zustimmen, befürworten stattdessen eine Kombination von repräsentativer und direkter Demokratie (33%) oder eine Kombination von repräsentativer Demokratie und Expertenkommissionen (29%). Weitere Gründe für die Nicht-Zustimmung zur Aussage sind entweder Zweifel daran, dass die aktuellen Politiker tatsächlich den Willen des Volkes vertreten (21%) oder die Annahme, dass den Politikern das nötige Wissen fehlt, um wichtige Entscheidungen treffen zu können (17%):

- „Die machen nachdem sie erst einmal gewählt sind doch, was sie wollen. Politiker haben ein kurzes Gedächtnis und neigen dazu zu vergessen, was der ursprüngliche Wählerauftrag war.“ (TP 50, Antwort: 1)
- „Diese ausgewählten Parlamentarier sind keine Experten und brauchen Beratung für ihre Entscheidungen.“ (TP 75, Antwort: 1)
- „Es gibt Kernbereiche der Inneren Sicherheit oder im Haushaltsrecht, die von direkter Demokratie verschont bleiben sollten. Natürlich auch in der Außenpolitik. Aber ansonsten lehne ich ausschließliche Entscheidungen durch gewählte Parlamente ab. Natürlich sehe ich viel Überforderung im Bereich der direkten Demokratie, aber dies liegt auch an mangelnder Transparenz und – fast gefährlicher – an verbreiteten Halbwahrheiten.“ (TP 100, Antwort: 2)

- „Da die gewählten Parlamente nur selten halten was sie versprechen, ist nicht unbedingt gewährleistet, dass sie auch wirklich die Meinung ihrer Bürger vertreten.“ (TP 72, Antwort: 2)

Empfehlung:

Item 1: Die Befragten können sich unter dem Begriff der „direktdemokratischen Entscheidung“ etwas vorstellen, allerdings scheint ungefähr die Hälfte der Befragten beim Beantworten der Aussage ausschließlich an Volksabstimmungen zu denken. Da der Begriff „Volksabstimmung“ weit hin bekannt ist und das Konstrukt „direktdemokratische Entscheidungen“ gut abzubilden scheint, könnte die Aussage vereinfacht werden:

„Es sollte in Deutschland mehr Volksabstimmungen geben.“

Item 2: Belassen.

Item 3: Etwa die Hälfte der Befragte denkt bei diesem Item an Expertenkommissionen, die lediglich Gutachten oder Empfehlungen ohne Bindungswirkung erarbeiten und nicht an Expertenkommissionen, die unmittelbar in Entscheidungsprozesse eingebunden sind (intendierte Interpretation). Um dies zu vermeiden, empfehlen wir das Item umzuformulieren:

„Es sollte mehr Expertenkommissionen geben, die unmittelbar an wichtigen politischen Entscheidungen beteiligt sind.“

Item 4: Die meisten Befragten sind der Ansicht, dass es die Aufgabe gewählter Parlamente ist wichtige politische Entscheidungen zu treffen. Es wird nicht immer deutlich, ob die Beantwortung der Frage sich nur auf diesen Teil der Aussage bezieht oder aber, ob „ausschließlich“ via repräsentativer Demokratie Entscheidungen getroffen werden sollen. Daher empfehlen wir, den Begriff „ausschließlich“ optisch hervorzuheben, z.B. durch Unterstreichen:

„Wichtige politische Entscheidungen sollten ausschließlich von gewählten Parlamenten getroffen werden.“

Zu testende Frage 6a¹:

Aktuell gibt es viel Diskussion über [die Zulässigkeit von Sterbehilfe/ die Steuerung der Zuwanderung/ Steuergerechtigkeit].

Wie sollte Ihrer Meinung nach [hierüber/ über Steuern] entschieden werden?

Häufigkeitsverteilung (N=101)

	Sterbehilfe (n=34)	Zuwanderung (n=33)	Steuergerechtigkeit (n=34)
Nach einer öffentlichen Debatte sollte eine Volksabstimmung stattfinden.	14 (41,2%)	6 (18,2%)	3 (8,8%)
Der Deutsche Bundestag sollte auf Grundlage der Diskussion in den Parteien und im Bundestag entscheiden.	3 (8,8%)	6 (18,2%)	8 (23,5%)
Ein unabhängiges Expertengremium sollte eine Empfehlung erarbeiten, die dann umgesetzt werden sollte.	6 (17,6%)	7 (21,2%)	11 (32,4%)
Vertreter aller betroffenen Gruppen sollten sich an einen Tisch setzen und gemeinsam eine Lösung finden.	11 (32,4%)	14 (42,4%)	12 (35,3%)

Eingesetzte kognitive Techniken:

Category Selection Probing.

Befund:

Den Befragten wurde zufällig eines der Themen „Sterbehilfe“, „Zuwanderung“ oder „Steuergerechtigkeit“ zugeteilt, daher liegen die Antworten von je einem Drittel der Befragten zu jeder der drei Fragevarianten vor. Zu jedem Thema wurde zunächst die Frage gestellt, mit welchem Verfahren darüber entschieden werden soll. Um noch nähere Informationen zu erhalten, wurde anschließend nach der individuellen Einstellung gefragt („Sind Sie selbst [eher dafür oder dagegen, Sterbehilfe zuzulassen? / eher der Meinung, dass es zu viel oder zu wenig Zuwanderung gibt? / eher der Meinung, dass höhere Einkommen stärker oder geringer besteuert werden sollten?]“). Abschließend wurden die Befragten gebeten, ihre Antwort auf Frage 6 zu begründen (Category Selection Probing).

¹ Die Testpersonen erhielten zufällig eine von drei Fragevarianten mit den Themen a) Zulässigkeit von Sterbehilfe, b) Steuerung der Zuwanderung und c) Steuergerechtigkeit.

Am meisten Zustimmung finden diejenigen Verfahren, die die Meinung aller (Volksabstimmung) oder vieler (Dialog von beteiligten Gruppen) berücksichtigen. Das unbeliebteste Verfahren für die erfassten Themenbereiche stellt die repräsentative Demokratie dar, bei der lediglich die Abgeordneten entscheiden. Vereinzelt (n=4) gibt es Hinweise darauf, dass die Befragten eine Kombination zweier Verfahren begrüßen würden:

- „Ich glaube, dass Leute, die davon nicht betroffen sind, nicht zu einer guten Lösung kommen können. Natürlich muss diese Lösung noch abgesegnet werden durch das Parlament.“ (TP 92, Thema Sterbehilfe, Antwort: 4)
- „Ich denke, ein Expertengremium wäre gut, um die Entscheidung dann in einem folgenden Schritt vom Parlament abzusegnen. Ich bin für die Kombination von Expertengremium und Regierungsentscheid.“ (TP 59, Thema Sterbehilfe, Antwort: 4)
- „Ich will doch einmal davon ausgehen, dass sich unsere politischen Vertreter vor einer Meinungsbildung umfassend mit betroffenen Gruppen und Experten zusammengesetzt haben. Danach müssen Entscheidungen von unserem Bundestag getroffen werden. Dafür haben wir sie doch gewählt.“ (TP 51, Thema Zuwanderung Antwort: 2)
- „Sie erscheint mir am Logischsten, denn alle müssen ja hinterher mit der Entscheidung leben. Ich hätte allerdings die Antwort 1 ebenfalls angekreuzt, wenn das möglich gewesen wäre, denn das gehört für mich zusammen.“ (TP 70, Thema Zuwanderung, Antwort: 4)

Sterbehilfe:

Die Mehrheit der zum Thema Sterbehilfe Befragten präferiert eine Volksabstimmung nach einer öffentlichen Debatte (41,2%) oder ein Dialogverfahren aller betroffenen Gruppen (32,4%). Als Begründung für diese Entscheidung wurde einerseits angegeben, dass es bei diesem Thema wichtig sei, die Ansichten aller einzuholen, und andererseits, dass dieses Vorgehen die beste Lösung sei, um eine Entscheidung über die Zulässigkeit von Sterbehilfe zu finden:

- „Das Thema ist so heikel, dass möglichst eine große Bevölkerungsschicht darüber abstimmen sollte.“ (TP 15, Antwort: 1)
- „Die Sterbehilfe ist ein Thema, bei dem man es nie allen Recht machen wird. Somit ist es besonders wichtig, auf spezielle Punkte der beteiligten Gruppen einzugehen, um einen möglichst sinnvollen Kompromiss zu erzielen.“ (TP 95, Antwort: 4)

Generell sind die Befragten mehrheitlich (85%) für Sterbehilfe (Antworten 4 und 5). Es gibt dabei keine klare Aufteilung der Befürworter oder Gegner der Sterbehilfe in Bezug auf ein Entscheidungsverfahren (s. folgende Kreuztabelle).

Kreuztabelle „Verfahrenspräferenz bei Zulässigkeit von Sterbehilfe“ und „Einstellung zu Sterbehilfe“ (N=34)

Einstellung zu Sterbehilfe	Absolut dagegen				Absolut dafür	Gesamt
Verfahrenspräferenz „Sterbehilfe“	1	2	3	4	5	
Nach einer öffentlichen Debatte sollte eine Volksabstimmung stattfinden.	1 (2,9%)	-	1 (2,9%)	5 (14,7%)	7 (20,6%)	14 (41,2%)
Der Deutsche Bundestag sollte auf Grundlage der Diskussion in den Parteien und im Bundestag entscheiden.	-	-	-	1 (2,9%)	2 (5,9%)	3 (8,8%)
Ein unabhängiges Expertengremium sollte eine Empfehlung erarbeiten, die dann umgesetzt werden sollte.	-	-	1 (2,9%)	1 (2,9%)	4 (11,8%)	6 (17,6%)
Vertreter aller betroffenen Gruppen sollten sich an einen Tisch setzen und gemeinsam eine Lösung finden.	-	-	2 (5,9%)	7 (20,6%)	2 (5,9%)	11 (32,4%)
Gesamt	1 (2,9%)	-	4 (11,8%)	14 (41,2%)	15 (44,1%)	34 (100%)

Zuwanderung:

Beim Thema Regulierung von Zuwanderung sind 42,4% der Befragten dafür, dass Vertreter aller betroffenen Gruppen gemeinsam eine Lösung am „runden Tisch“ finden. Begründet wird dies auch hier wieder damit, dass es bei diesem Thema wichtig sei, die Ansichten aller einzuholen oder dass dieses Vorgehen die beste Lösung sei, um eine Entscheidung über die Steuerung von Zuwanderung zu finden: *„Weil ich es wichtig finde, dass alle Beteiligten darüber diskutieren und gemeinsam nach Lösungen suchen.“* (TP 40, Antwort: 4)

Ein Drittel der Befragten wählt bei der Frage nach dem Umfang (zu wenig – zu viel) der Zuwanderung die Mittelkategorie. Insgesamt finden 42% (n=14), dass es zu viel Zuwanderung gibt. Es gibt dabei keine klare Aufteilung der Befürworter oder Gegner von mehr Zuwanderung in Bezug auf ein Entscheidungsverfahren (s. folgende Kreuztabelle).

Kreuztabelle „Verfahrenspräferenz bei Zuwanderungsregulierung“ und „Einstellung zu Zuwanderung“ (N=33²)

Einstellung zu Zuwanderung	zu wenig Zuwande- rung		zu viel Zuwande- rung		Gesamt	
Verfahrenspräferenz „Zuwanderung“	1	2	3	4	5	
Nach einer öffentlichen Debatte sollte eine Volksabstimmung stattfinden.	-	-	1 (3,1%)	2 (6,3%)	3 (9,4%)	6 (18,8%)
Der Deutsche Bundestag sollte auf Grundlage der Diskussion in den Parteien und im Bundestag entscheiden.	3 (9,4%)	-	2 (6,3%)	-	-	5 (15,6%)
Ein unabhängiges Expertengremium sollte eine Empfehlung erarbeiten, die dann umgesetzt werden sollte.	-	-	5 (15,6%)	1 (3,1%)	1 (3,1%)	7 (21,9%)
Vertreter aller betroffenen Gruppen sollten sich an einen Tisch setzen und gemeinsam eine Lösung finden.	2 (6,3%)	2 (6,3%)	3 (9,4%)	4 (12,5%)	3 (9,4%)	14 (43,8%)
Gesamt	5 (15,6%)	2 (6,3%)	11 (34,4%)	7 (21,9%)	7 (21,9%)	32 (100%)

Steuergerechtigkeit:

Die zum Thema Steuergerechtigkeit Befragten präferieren ein Dialogverfahren aller betroffenen Gruppen (35,3%) oder eine von unabhängigen Experten erarbeitete Empfehlung (32,4%). Wer sich für die Kategorie 2 entschieden hat, argumentiert damit, dass Politiker die Rahmenbedingungen für alle festlegen müssen (n=7), wer Kategorie 3 gewählt hat, begründet dies damit, dass unabhängige Experten die beste Lösung kennen (n=11) und wer für eine Lösungsfindung durch alle Beteiligten plädiert (n=9), der sieht darin eine breitere Legitimation für die Verteilung von Steuergeldern:

- „Wahrscheinlich würden viele Menschen unbesonnen eine sofortige Steuersenkung durchsetzen, wenn es in ihrer Entscheidungsgewalt läge. Dass dies aber auch weitreichende Konsequenzen für die Integrität der deutschen Wirtschaft hätte, spielt dabei meist keine große Rolle. Daher ist in solchen Fragen der Deutsche Bundestag der legitime Entscheidungsträger.“ (TP 25, Antwort: 2)
- „Das Steuerrecht ist zu komplex, um von Nichtexperten beurteilt oder verändert werden zu können. Und die Unabhängigkeit bleibt bei einem Expertengremium hoffentlich gewahrt. Nur so kann es glaube ich eine vernünftige, vereinfachende, positive Entwicklung des Steuerrechts geben.“ (TP 22, Antwort: 3)
- „Es muss die Oberschicht, die Mittelschicht und die Unterschicht an einen Tisch. Soll doch mal ein Politiker einen Monat normal arbeiten, Haushalt versorgen, einkaufen und dann schauen wieviel er noch sparen kann.“ (TP 82, Antwort: 4)

² Insgesamt liegen von 32 Befragten Angaben zu beiden Items vor.

Fast drei Viertel der Befragten sprechen sich für eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen aus (Antwortkategorien 4 und 5). Einig sind sie sich darin, dass eine Volksabstimmung bei der Festsetzung von Steuerabgaben ungeeignet ist. Auch bei diesem Thema gibt es keine klare Aufteilung der Befürworter oder Gegner von einer stärkeren Besteuerung höherer Einkommen in Bezug auf ein Entscheidungsverfahren (s. folgende Kreuztabelle).

Kreuztabelle „Verfahrenspräferenz bei Steuergerechtigkeit“ und „Einstellung zu Steuern“ (N=34)

Einstellung zu Steuergerechtigkeit	Absolut dagegen				Absolut dafür	Gesamt
Verfahrenspräferenz „Steuergerechtigkeit“	1	2	3	4	5	
Nach einer öffentlichen Debatte sollte eine Volksabstimmung stattfinden.	1 (2,9%)	-	1 (2,9%)	1 (2,9%)	-	3 (8,8%)
Der Deutsche Bundestag sollte auf Grundlage der Diskussion in den Parteien und im Bundestag entscheiden.	-	-	2 (5,9%)	3 (8,8%)	3 (8,8%)	8 (23,5%)
Ein unabhängiges Expertengremium sollte eine Empfehlung erarbeiten, die dann umgesetzt werden sollte.	-	-	3 (8,8%)	2 (5,9%)	6 (17,6%)	11 (32,4%)
Vertreter aller betroffenen Gruppen sollten sich an einen Tisch setzen und gemeinsam eine Lösung finden.	-	-	2 (5,9%)	5 (14,7%)	5 (14,7%)	12 (35,3%)
Gesamt	1 (2,9%)	-	8 (23,5%)	11 (32,4%)	14 (41,2%)	34 (100%)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Beantwortung der Frage den Befragten kaum Probleme bereitet hat, da sich alle auf der Antwortskala verorten können. Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass die Wahl des Verfahrens zur Entscheidungsfindung abhängig davon ist, welches Thema erfragt wird. Sowohl beim Thema Sterbehilfe als auch bei der Zuwanderungsfrage gibt es den Wunsch, eine bessere Legitimation über eine breitere Streuung der Entscheidungsträger (Betroffene Gruppen oder Volksabstimmungen) zu befürworten. Hinsichtlich der Steuergerechtigkeit gibt es ein Votum für ein stärkeres Einbeziehen von Experten und/oder Betroffenen. Bei allen drei Themen fällt die Zustimmung zur Entscheidungsfindung allein von Abgeordneten relativ gering aus.

Empfehlung:

Wir empfehlen, die Frage(n) und Antwortkategorien zu belassen.

Darüber sollte jedoch erwogen werden, bei dieser Frage Mehrfachnennungen („Ja/Nein“ für jedes Verfahren) zuzulassen. Zum einen können die Befragten mit diesem Format ihren etwaigen Wunsch nach einer Kombination mehrerer Verfahren zum Ausdruck bringen. Zum anderen können mit diesem Format Reihenfolgeeffekte durch die Sortierung der Verfahren vermieden werden.

Zu testende Frage 7:

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu:
Die Regierung sollte mehr tun, um die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern.

Häufigkeitsverteilung (N=101)

stimme überhaupt nicht zu						stimme voll und ganz zu	<i>weiß nicht</i>	<i>missing</i>
1	2	3	4	5	6	7		
1	3	2	10	15	26	40	3	1
(1,0%)	(3,0%)	(2,0%)	(9,9%)	(14,9%)	(25,7%)	(39,6%)	(3,0%)	(1,0%)

Eingesetzte kognitive Techniken:

Keine.

Befund:

Bis auf vier Befragte, die sich entweder für die „weiß nicht“-Kategorie entschieden (n=3) oder die Frage unbeantwortet gelassen haben (n=1), konnten sich alle Befragten auf der Antwortskala verorten. Die Befragten nutzen die volle Skalenbreite, wobei 80% der Testpersonen der Aussage zustimmen (Skalenwerte 5 bis 7), 10% der Befragten sich für die Mittelkategorie (Skalenwert 4) entscheiden und 6% der Aussage nicht zustimmen (Skalenwerte 1 bis 3).

Empfehlung:

Frage und Antwortkategorien belassen.